

**Roland Schilling**

**Zur Geschichte  
des Siedlungswesens  
auf dem Gebiet  
der ehemaligen DDR**



**Deutscher Siedlerbund e.V.**  
Gesamtverband  
für Haus- und Wohneigentum

■ **2004**

■ **Herausgeber**

Deutscher Siedlerbund e.V.  
Gesamtverband  
für Haus- und Wohneigentum  
Neefestraße 2a  
53115 Bonn  
[www.Siedlerbund.de](http://www.Siedlerbund.de)

■ **Verlag**

Familienheim und Garten  
Verlagsgesellschaft mbH  
[www.FuG-Verlag.de](http://www.FuG-Verlag.de)

■ **Druck**

Druck Center Meckenheim

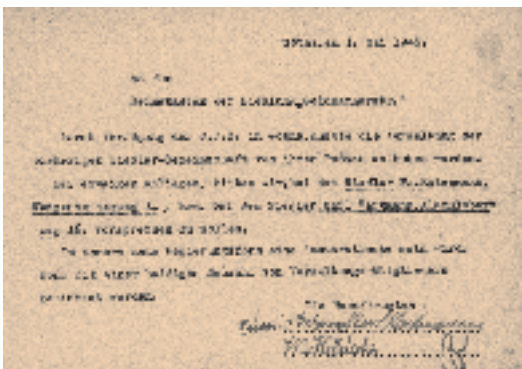
■ **Titelfoto**

Gemeinschaftshaus in der  
Golbacher Siedlung in Gotha

## Nachkriegsjahre

Als Folge des von Deutschland ausgegangenen zweiten Weltkrieges besetzten die Siegermächte nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschland. Bereits auf der Krimkonferenz vom 3. bis 11. Februar 1945 in Jalta hatten die alliierten Mächte USA, England und die Sowjetunion vereinbart, welche Zonen des aufgeteilten Deutschlands unter ihre Besatzungshoheit gestellt werden sollten. Auch die Maßnahmen zum Ausschalten von nationalsozialistischem Einfluss aus dem öffentlichen Leben legten die Alliierten hier schon fest. Dazu gehörte das Verbot der nationalsozialistischen Partei mit all ihren Gliederungen und das Entfernen von Nationalsozialisten aus den öffentlichen Dienststellen und Organisationen. Auch aus den Siedlervorständen mussten nationalsozialistisch belastete Funktionäre ausscheiden. Anschließend formierten sich die Vorstände durch kommissarisch eingesetzte Mitglieder neu.

### *Aushang in der Goldbacher Siedlung Gotha*



Diese Vorstände setzten ohne spürbare Unterbrechung die Gemeinschaftsarbeit in ihren Siedlungen fort. In den ersten Monaten nach dem Krieg ging es um das Lebensnotwendigste. Sie unterstützten die Mitglieder beim Beseitigen der Kriegsschäden durch Beschaffen von Baumaterial. Für den Garten brauchten die Siedler Sämereien, Pflanzen und Dünger, den Kleintierhaltern besorgten sie Jungtiere und Kraftfutter. Jeder Quadratmeter Gartenland wurde intensiv für den Anbau von Gemüse, Obst und Futterpflanzen genutzt.

Im Juni/Juli 1945 zogen sich die westlichen alliierten Truppen aus den von ihnen eroberten Gebieten östlich von Werra und Elbe zurück und besetzten dafür Teile von Berlin. Die geräumten Gebiete übernahmen sowjetische Truppen als Besatzungsmacht bis zu den Westgrenzen von Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg, einschließlich Sachsen. Damit entstand hier die „Sowjetische Besatzungszone“ unter Einbeziehung des sowjetischen Sektors von Berlin. Mit der neuen Besatzungsmacht verschärfte sich die Militäradministration drastisch.

Das erlassene Verbot von Vereinen betraf auch den Deutschen Siedlerbund. Die Vorstände in den Siedlungen waren in den ersten Monaten auf sich selbst gestellt.

### **Neue Strukturen entstehen**

Von der Kreisebene an aufwärts bestanden keine Leitungsstrukturen mehr.

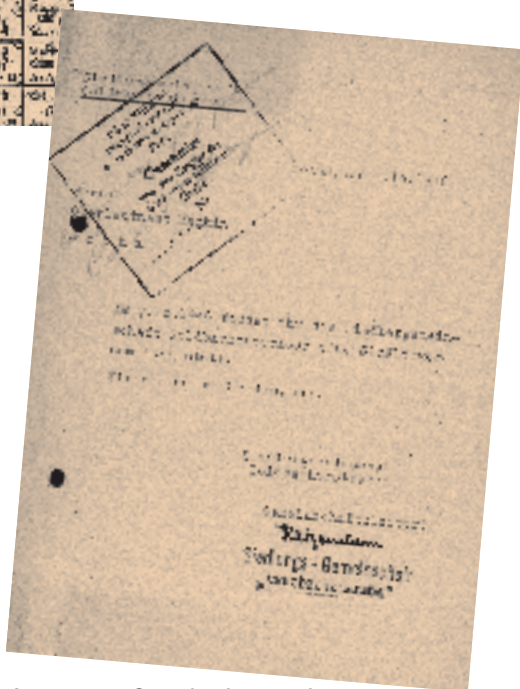
The image shows a detailed cadastral map from the DDR era, titled 'Lebensmittelkarte'. It features a grid of land parcels, each with a unique identification number and various annotations. The text on the map includes 'Land Rabinow', 'Landwirtschaftliche III', and 'Ne'. The map is densely packed with small text and symbols, indicating a complex land management system.

*Lebensmittelkarte*

Viele Vorstände nahmen zu den entstehenden kommunalen Verwaltungen Kontakt auf und weckten bei diesen Interesse für die Belange der Siedler. Gemeinsam berieten sie über Sofortmaßnahmen zur Entwicklung des Gemeinschaftslebens in den Siedlungen. Teilweise übernahmen sie auch Verwaltungsaufgaben, wie die Ausgabe von Lebensmittelkarten. In der DDR gab es diese bis April 1958.

Der erste Nachkriegswinter bedeutete auch für die meisten Siedler, einen harten Kampf ums Überleben zu führen. Er stellte die neuen Vorstände vor eine große Bewährungsprobe. Dem Mangel an Heizmaterial wurde durch das Organisieren von gemeinsamen Einsätzen zum Holzeinschlag, bzw. durch Vermitteln von Möglichkeiten zum Stubbenroden begegnet. Die knappen Fleischrationen konnten durch Eigenerzeugung im Rahmen verstärkter Kleintierhaltung aufge bessert werden. Zur Sicherung der Futtergrundlage pachteten die Siedlervorstände Wegränder und Straßen-

gräben, die dann parzellenweise an die Kleintierhalter vergeben wurden. In den Wintermonaten 1945/46 fanden in den Siedlervereinen die ersten Mitgliederversammlungen nach dem Krieg statt. Diese mussten von der Stadtkommandantur genehmigt werden.



*Antrag zur Genehmigung einer Siedlerversammlung*

Anfang 1946 entwickelten sich in den Kreisen Initiativen zum Zusammenschluss von Kleingärtner- und Siedlervereinen zu regionalen Vereinigungen. Von nun an war das Siedlungswesen in diesem Teil Deutschlands eng mit den Kleingärtnern verbunden. In Rundschreiben der provisorischen Landesverwaltungen an die Landräte und Bür-

germeister der Städte forderten sie diese auf, die Bildung neuer Vorstände der Garten- und Siedlervereine zu unterstützen.

Der Aufbau des Siedlungswesens verlief in den Ländern der sowjetisch besetzten Zone unterschiedlich. In Thüringen wurden im Frühjahr 1946 durch einen Befehl der Militärverwaltung die Garten- und Siedlervereine auf unterer Ebene offiziell zugelassen. Im Mai des gleichen Jahres gründete sich auf der ersten Landesversammlung der „Thüringer Landesverband für Kleingärtner und Siedler.“ In der Mark Brandenburg bildeten die Kleingärtner und Siedler im Juni 1947 den „Landesverband Mark Brandenburg der Kleingärtner und Siedler“. In Sachsen-Anhalt schlossen sich die Kleingärtner und Siedler am 20. Juli 1947 zum „Landesbund für Kleingärtner und Siedler“ zusammen.

In diesen Ländern knüpften die Kleingarten- und Siedlervereine weitgehend an die alten Organisationsformen von 1919 an.

In den beschlossenen Satzungen wurde als Ziel die Verfolgung gemeinnütziger Zwecke zum Wohle der Mitglieder unter Fernhaltung parteipolitischer und konfessioneller Bestrebungen festgelegt.

In Sachsen hatte die Landesverwaltung mit einer Verordnung vom 14. Februar 1947 die Rechte und Pflichten der Vereine auf die Kommunen übertragen.

In Mecklenburg kam es zu dieser Zeit noch nicht zur Schaffung einer Landesorganisation. Es erfolgte hier eine lose Form der Zusammenarbeit bis auf Kreisebene.

In Berlin erlaubte die „Alliierte Kommandantur“ in einem Befehl vom 15. Januar 1946 die Gründung einer Kleingärtner- und Siedlervereinigung. Der Aufbau der Berliner Organisation und die Aktivierung des ehemaligen Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer unter Vorsitz von Verbandsfreund Naulin erweckte die Hoffnung auf einen neuen einheitlichen Verband der Kleingärtner und Siedler für ganz Deutschland. Im März 1947 gab der Berliner Verband im Expreß-Verlag die „Kleingärtner - und Siedlerzeitung“ heraus.

### **Ost und West entwickeln sich unterschiedlich**

Obwohl in Berlin ein gemeinsamer Kontrollrat für ganz Deutschland bestand und im Punkt 3 des Potsdamer Abkommens festgelegt war: „Soweit das praktisch durchführbar ist, muss die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein“, grenzten sich die Ostzone und die Westzonen mit den entsprechenden Sektoren in Berlin immer mehr voneinander ab. Es bildeten sich zwei Gebiete mit grundsätzlich unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen heraus.

Mit dieser Teilung Deutschlands war die Wiedergründung eines einheitlichen Siedlerbundes in ganz Deutschland für absehbare Zeit nicht möglich. In der Ostzone hatte die Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft bei der sowjetischen Militäradministration die Gründung neuer Kleingärtner- und Siedlervereinigungen auf örtlicher Ebene genehmigt. So waren inzwischen die Vereine in den Siedlungen wieder arbeits-

fähig. Auch in den Kreisen und auf Landesebene bestanden Verbände der Kleingärtner und Siedler. Auf zentraler Ebene war noch keine zufriedenstellende Lösung gefunden. Der ehemalige Zentralverband in Berlin verlagerte seinen Sitz nach Westberlin.

Bei den politisch einflussreichen ostdeutschen Stellen erfolgte vorerst eine Abwertung der Kleingärtner- und Siedlervereine, denn sie wurden als Überbleibsel kleinbürgerlichen Gedankengutes angesehen. Aber schließlich erkannten auch sie, welchen Wert diese Vereine für die Versorgung hatten. Die Einordnung der Kleingärtner und Siedler in das neue gesellschaftliche System warf aber für die neuen politischen Machthaber einige grundsätzliche Fragen auf: Wie sollte der Rechtsstatus aussehen, wie sollte ihre Stellung im Staatsgefüge und ihre politische Einordnung sein? Beim Kleinsiedlungswesen konnte nicht auf Erfahrungen in der Sowjetunion zurückgegriffen werden, denn dort gab es keine Organi-

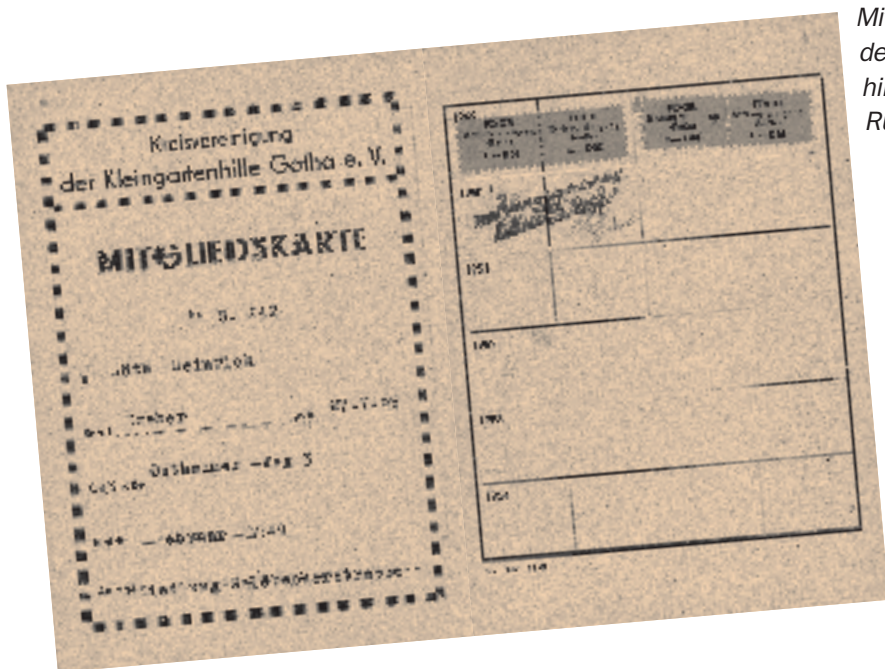
sation für Siedler. Die wenigen vorhandenen Kleingartenanlagen waren den Gewerkschaften angegliedert.

### Kleingartenhilfe beim FDGB

In Deutschland waren die Gewerkschaften, entsprechend dem Potsdamer Abkommen, als erste Organisation unmittelbar nach dem Krieg wieder zugelassen, und sie hatten inzwischen einen festen Platz im gesellschaftlichen Leben.

Die Kleingärtner und Siedler hatten dagegen bis 1948 in der sowjetischen Besatzungszone keinen einheitlichen zentralen Verband. Von unten drängten die Vereine der Kreise und Länder auf die Bildung einer solchen zentralen Interessenvertretung.

Die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) schlug 1949 vor, die Kleingärtner- und Siedlerorganisationen an den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) anzugliedern.



*Mitgliedskarte in der Kleingartenhilfe. Vorder- und Rückseite*

Die Gewerkschaften richteten dazu auf allen Leitungsebenen vom Kreis bis zum Bundesvorstand gesonderte Abteilungen mit der Bezeichnung „Kleingartenhilfe“ ein.

Als hauptamtliche Mitarbeiter waren in diesem Bereich erfahrene Kleingärtner und Kleinsiedler tätig. Bis Ende 1949 hatten sich alle Kreis- und Landesverbände der Kleingärtner und Siedler dieser Kleingartenhilfe angeschlossen. Im September 1949 fand in Leipzig die erste zentrale Zusammenkunft der Kleingärtner und Siedler, die sogenannte Ostzonen-Tagung der Kleingartenhilfe des FDGB statt. Im Zusammenhang mit den Beratungen über die aktuellen und zukünftigen Aufgaben festigte sich die Erkenntnis über die Notwendigkeit einer eigenen Satzung für das Kleingarten- und Siedlungswesen. Die Delegierten wählten dazu eine Satzungskommission. Ausgehend von dieser Konferenz gab die Kleingartenhilfe ab September 1949 eine gesonderte zentrale Zeitschrift „Der Kleingärtner“ mit eigenständigen Beiträgen der Län-

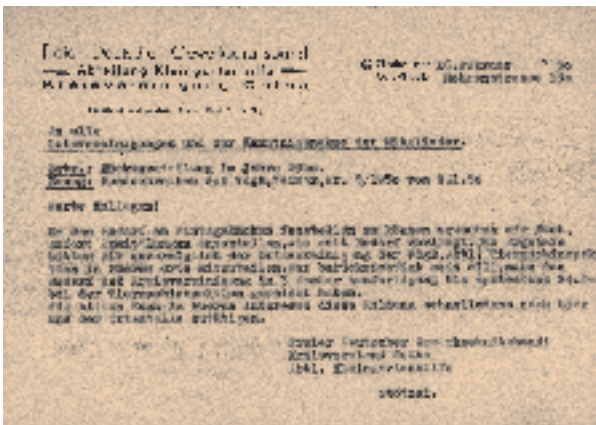
dervereinigungen für das Gebiet der Ostzone heraus. Im Februar 1950 veröffentlichte „Der Kleingärtner“ den Satzungsentwurf. Die Satzung war einheitlich für alle Organisationsstrukturen der Kleingärtner und Siedler, welche sich der Kleingartenhilfe angeschlossen hatten.

Sie bildete die Grundlage für die zukünftige Arbeit in der Kleinsiedlerbewegung. Ihre wichtigste Aufgabe war demnach:

- „Den Mitgliedern ihre demokratischen Rechte in allen Fragen, die sich aus ihrer Betätigung als Siedler ergeben, zu schützen und zu sichern,
- die Lebenslage ihrer Mitglieder in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht zu verbessern“.

Die Ziele und der Charakter der Vereine waren als gemeinnützig festgelegt. Ihre rechtskräftige Registrierung erfolgte bei den Räten der Kreise. Auf allen Leitungsebenen der Kleingartenhilfe bestanden ehrenamtliche Ausschüsse aus Mitgliedern der Kleingärtner und Siedler. Diese vertraten die Interessen der Vereine und nahmen kompetenten

### Rundschreiben der Kleingartenhilfe



Einfluss auf die Entwicklung des Kleingarten- und Siedlungswesens in ihrem Wirkungsbereich. Die Kleingartenhilfe trug mit dazu bei, das Ansehen der Kleinsiedler als einen nennenswerten Faktor bei der Eigenversorgung zu erhöhen. Über diese Organisationsform verbesserte sich auch die Belieferung der Siedler mit damals noch schwer beschaffbaren Geräten, Baumaterial, Dünger, Pflanzgut und Jungtieren.

## **Siedler stellen aus**

Die Vorstände übernahmen immer mehr die Aufgaben von Handelseinrichtungen.

Von den Mitgliedern nahmen sie Bestellungen entgegen und leiteten diese an übergeordnete Stellen weiter. Danach verkauften sie die gelieferten Waren an die Vereinsmitglieder. Ein sichtbarer Ausdruck für die Entwicklung des Siedlungswesens war auch die Teilnahme der Siedlervereine an den damals schon durchgeführten Lehr- und Leistungsschauen in den Kreisen und Ländern und den zentralen Gartenbau-Ausstellungen in Leipzig-Markleeberg, in den Jahren 1949, 1950 und 51.

Daran beteiligten sich die Siedler mit speziell gestalteten Siedlergärten. Hier demonstrierten sie ihre Leistungen und vermittelten praktische Anregungen.

Die Kleintierzüchtervereine wurden entsprechend einer Verordnung der Regierung vom März 1951 an die „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB) angegliedert. Diese bot günstige Voraussetzungen, um ihre materielle Versorgung sicherzustellen.

Mit der 1948 in den westlichen Besatzungszonen und später in der Ostzone durchgeführten Währungsreform vertiefte sich die wirtschaftliche Teilung Deutschlands in zwei grundsätzlich voneinander abgegrenzte Gebiete. Über Jahrzehnte gewachsene wirtschaftliche Strukturen und Verbindungen brachen plötzlich weg. Ganze Industriebereiche mussten im Osten neu geschaffen werden. Auch für die Siedler ergaben sich dadurch negative Auswirkungen. Bekannte Erzeugnisse für Haus, Hof und Garten verschwanden vom Markt. Da-

durch entstandene Versorgungslücken konnten kurzfristig nicht ausgeglichen werden.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) auf dem Gebiet der Westzonen einschließlich Westberlin und der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in der Ostzone mit Ostberlin 1949 wurde die politische Teilung Deutschlands auf lange Sicht besiegelt.

Deutschland war von nun an ein Land mit zwei unterschiedlichen, eigenständigen Staaten unter der Schirmherrschaft der jeweiligen Besatzungsmacht. Dadurch verlief auch die Entwicklung des Kleinsiedlungswesens in beiden deutschen Staaten unterschiedlich.

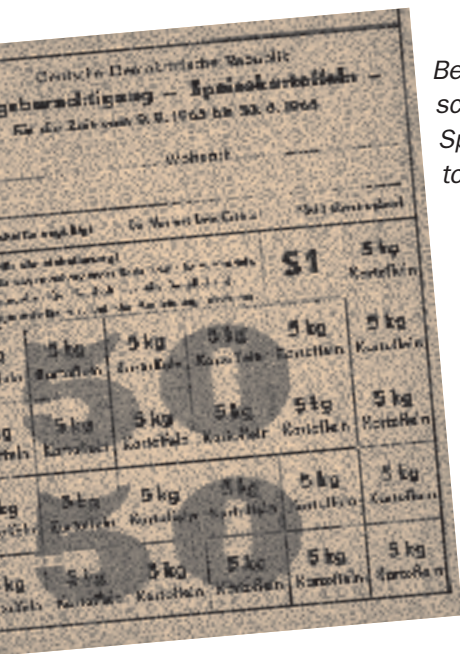
## **Verwaltungsreform**

Infolge einer auf Beschluss der Volkskammer in der DDR 1952 durchgeführten Verwaltungsreform erfolgte hier die Auflösung der Länderstrukturen und damit auch der Landesverwaltungen. Jedes Land wurde in drei Verwaltungsbezirke aufgeteilt, diese unterstanden direkt der zentralen Regierungsverwaltung in Berlin. Insgesamt gab es 15 Verwaltungsbezirke und Ostberlin in der DDR. Entsprechend dieser neuen Struktur lösten auch die Kleingärtner und Siedler ihre Landesorganisationen auf und bildeten in jedem der neuen Bezirke einen Bezirksvorstand.

Eine wesentliche Auswirkung auf das gesellschaftliche Leben hatte 1952 der Beschluss der zweiten Parteikonferenz der SED, auf dem Gebiet der DDR die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen. Das bedeutete: in







*Bezugs-  
schein für  
Speisekar-  
toffeln*

zeugnisse daraus dienten zum Schließen mancher Versorgungslücke. In der ersten Hälfte der 50er Jahre nahm das Kleingarten- und Siedlungswesen in der DDR durch die Kleingartenhilfe einen beachtlichen Aufschwung. Im Jahr 1952 waren in der Kleingartenhilfe 650.000 Kleingärtner und Siedler organisiert. Die gewachsene Mitgliederzahl, die immer umfangreicheren Aufgaben in der Interessenvertretung und die fachlichen Schulungen erforderten eine eigenständige Organisation. In den Mitgliederversammlungen und Beratungen der Vorstände in den Gemeinschaften und Kreisen kam das immer deutlicher zum Ausdruck. Die Gewerkschaften waren mit diesen Problemen weitgehend überfordert und unterstützten deshalb den Wunsch der Kleingärtner und Siedler nach einer eigenen Organisation.

der Industrie weitere Betriebe in Volkseigentum zu überführen, in der Landwirtschaft die individuelle Produktion in genossenschaftliche umzuwandeln und die staatliche Planwirtschaft als Leitungsinstrument in allen Bereichen noch umfassender und konsequenter anzuwenden. Die damit verbundene Kontingentierung, vor allem von Baumaterial und Artikeln für Haus, Hof und Garten, wirkten sich ungünstig auf die Siedler aus. Aber besonders das Eingliedern von privaten Gärtnereien in die Gärtnerischen Produktionsgenossenschaften erschwerte zeitweise den Einkauf von Pflanzgut und Gemüse. Für den Kauf von Speisekartoffeln gab es Bezugs-scheine. In dieser Zeit gewannen die Siedlergärten wieder an Bedeutung als Nutzgärten für den Anbau von Obst und Gemüse. Sie ermöglichten eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, und die Er-

### **Bildung von neuen Kreisverbänden**

Obwohl im Mai 1953 ein Vorbereitungskomitee mit Hans Hirsch, Wilhelm Obst und Paul Fastnacht für die Gründung eines einheitlichen zentralen Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter gebildet wurde und ein Entwurf für die Statuten des neuen Verbandes, als Körperschaft des öffentlichen Rechtes, erarbeitet worden war, kam die Gründung zu diesem Zeitpunkt nicht zustande.

Die Ursache lag an der erforderlichen Entscheidung auf höchster Ebene, dem Politbüro der SED. Hier war die politische und rechtliche Stellung einer solchen Organisation noch nicht eindeutig festgelegt. Und das sollte auch in absehbarer Zeit nicht geschehen. Aber

die wirtschaftliche und politische Bedeutung einer solchen Organisation erkannte man wohl, zumal die Parteiführung nach den Ereignissen vom Juni 1953 einen bürgerfreundlichen „Neuen Kurs“ verkündete. Mit den Kleingärtnern und Siedlern bot sich eine Möglichkeit, breite Kreise für diese politische Linie zu gewinnen. Man sah den Handlungsbedarf auf diesem Gebiet und die Regierung erhielt den Auftrag, eine Verordnung zur staatlichen Förderung des Kleingarten- und Siedlungswesens zu erlassen. Diese Verordnung vom 22. Juni 1954 war entscheidend für die weitere Gestaltung des Kleingarten- und Siedlungswesens in der DDR. Sie verfügte erstmalig die Bildung von einheitlichen Verbänden der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, aber nur auf Kreisebene.

Im § 2 dieser Verordnung heißt es: „Die Kreisverbände der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter sind die alleinigen Interessenvertreter ihrer Mitglieder. Die Kreisverbände sind juristische Personen. Sie sind registrierpflichtig bei den Räten der Kreise.“ Im § 11 war festgelegt: „Alle bestehenden Vereine und Gruppen, die sich mit Kleingarten- und Siedlungswesen sowie der Kleintierzucht befassen und sich den Kreisverbänden nicht anschließen, werden zum 30. Juni 1954 aufgelöst“.

Auch die Kleingartenhilfe bei der Gewerkschaft bestand nach diesem Zeitpunkt nicht mehr. Entsprechend dieser Regierungsverordnung erließ der Magistrat von Berlin am 23. März 1955 eine analoge Verordnung. Nach dieser blieb der Bezirksvorstand für die Orga-

nisation der Ostberliner Kleingärtner und Kleinsiedler in seiner bisherigen Form weiter bestehen. Im August des gleichen Jahres schlossen sich ihnen auch die Ostberliner Kleintierzüchter an.

Auf zentraler Ebene war in dieser Verordnung keine Organisationsstruktur für das gesamte Gebiet der DDR vorgesehen. Zur zentralen Interessenvertretung erhielt das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft den Auftrag, ein gesondertes Referat für das Kleingarten- und Siedlungswesen und die Kleintierzucht zu bilden. Als erste Aufgabe erarbeitete dieses ein Musterstatut, welches für die neuen Kreisverbände als Grundlage für eigene Statuten diente. Die Kreisverbände gliederten sich in Ortsgruppen und Sparten, die bisherigen Vereine.

### **Welche grundlegenden Neuerungen wurden mit diesem Statut eingeführt?**

Erstmals erfolgte der Zusammenschluss von Kleingärtnern, Siedlern und Kleintierzüchtern in einer gemeinsamen Organisation in den Kreisverbänden.

Registriert wurden die Kreisverbände als juristische Person bei den Räten der Kreise, sie unterstanden auch deren Aufsicht. Den herkömmlichen Begriff „Verein“ gab es ab diesem Zeitpunkt im offiziellen Sprachgebrauch nicht mehr. An seine Stelle trat für die unteren Einheiten die Bezeichnung „Sparte“ und für die übergeordneten in den Kreisen die Bezeichnung „Verband“. In den Sparten gab es den „Spartenvorstand“ mit dem Vorsitzenden. Im inoffiziellen Sprachgebrauch

der Siedler erhielten sich aber über die gesamte Zeit auch die Begriffe „Siedlergemeinschaft“ und „Gemeinschaftsleiter“.

Die Kreisverbände hatten hauptsächlich zwei Aufgaben: zum einen in der Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder, was besonders die Materialversorgung, Pflanzenschutz, Rechtsfragen und Versicherungen betraf; zum anderen in fachlichen und gesellschaftlichen Aufgaben. Zu diesen gehörten regelmäßige Schulungen, Erfahrungsaustausche, Wettbewerbe und Lehr- und Leistungsschauen.

Als einheitliches Presseorgan erschien ab Juli 1954 im Landwirtschaftsverlag die Monatszeitschrift „Der Kleingärtner“. Sie kam in verschiedenen Ausgaben, auf das jeweilige Territorium bezogen, zusammengefasst für jeweils drei Bezirke und gesondert für Ostberlin heraus.

In den nachfolgenden Jahren erließ die Regierung der DDR einige Gesetze und Verordnungen zum Fördern des Kleingarten- und Kleinsiedlungswesens. Den Siedlern wurde es ermöglicht, Eigentums- und Nutzungsrechte an in staatlichem Besitz befindlichen Einfamilien- und Siedlungshäusern leichter zu erwerben. Nutzungsrechte an Land erteilte der Staat kostenlos und unbefristet.

Die Siedler waren vom Erbbauzins befreit. Zum Um- und Ausbau der Siedlungshäuser gaben die Banken günstige Baukredite mit 1% Zinsen. Für die Mitglieder bestanden vorteilhafte Bedingungen für eine Grundstückshaftpflicht- und Unfallversicherung durch den Verband.

Über Jahre trugen die Kreisverbände die Hauptlast der Arbeit, dabei waren sie weitgehend auf sich selbst gestellt. Das Kleingarten- und Siedlungswesen hatte inzwischen einen festen Platz in der DDR eingenommen und war aus dem gesellschaftlichen Leben nicht mehr wegzudenken. Bis Ende 1958 waren 850.000 Kleingärtner und Siedler in den Kreisverbänden organisiert. Das Streben der Mitglieder nach immer größeren Ergebnissen aus ihren Gärten, in der Kleintierzucht und in ihrer geistig-kulturellen Freizeitbetätigung stieß an die Grenzen der damals vorhandenen Struktur. Eine Lösung dieses Widerspruchs konnte nur durch eine neue Organisation, entsprechend dem Verwaltungsaufbau, gelöst werden. Auch die Mitglieder und Vorstände äußerten immer deutlicher den Wunsch nach einem Gesamtverband für das Gebiet der DDR.

Im Jahr 1959 erfolgte eine neue Initiative zur Gründung eines solchen Verbandes. Die höchsten dafür zuständigen Stellen in der Führung der SED und der Regierung signalisierten nun ihre Zustimmung, unter der Bedingung, dass der zentrale Verband auch die drei Säulen Kleingärtner, Kleinsiedler und Kleintierzüchter unter einem Dach vereinigen würde.

Unter Vorsitz von Erich Angermann aus dem Kreisverband Bischhofswerda nahm im Mai 1959 eine Kommission die Arbeit zur Vorbereitung des Gründungskongresses auf. Diese erarbeitete einen Entwurf für die Statuten des neuen Verbandes und eine Arbeitsentschließung als Diskussionsgrundlage in den Kreisverbänden.

## Gründungskongress des VKSK

Nach umfangreichen Aussprachen in den Sparten- und Kreisvorständen über das Statut und die Arbeitsentscheidung versammelten sich am 28. und 29. November 1959 in Leipzig im Hotel „Goldener Löwe“ 361 Delegierte zur Gründung der neuen einheitlichen Organisation. Die Teilnehmer setzten sich zusammen aus Mitgliedern der Kreisverbände sowie aus Vertretern aller Fachrichtungen.

Im einstimmig angenommenen Entwurf für die Statuten waren der Charakter und die Ziele des neuen Verbandes festgelegt. Das Statut war einheitlich und hatte Rechtsgültigkeit für alle Gliederungen bis hinunter zu den Sparten. Dieser Entwurf diente als Grundlage zur Beratung mit den Mitgliedern, um ihn danach auf dem ersten Verbandstag endgültig zu beschließen.

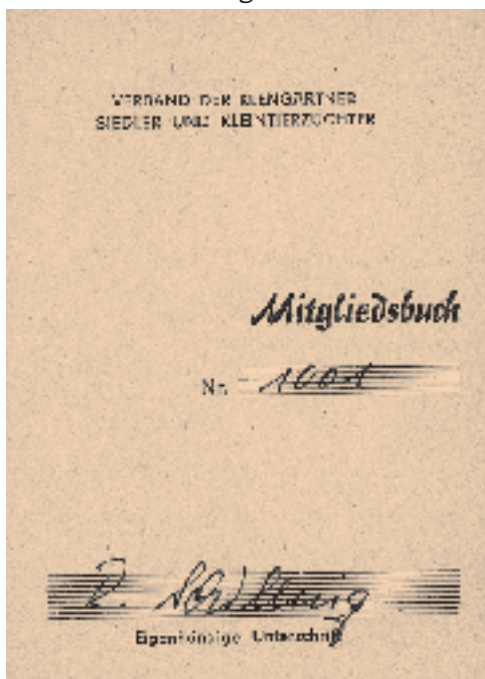
Der Verband verstand sich als eigenständige demokratische Massenorganisation, die sich zum Sozialismus in der DDR bekannte und ihre Arbeit auf der Grundlage der Gesetze der DDR durchführte. Sein Ziel war, vielfältige Möglichkeiten sinnvoller und aktiver Erholung in der Freizeit durch gärtnerische, züchterische und geistig-kulturelle Betätigung in den Spartenkollektiven zu schaffen. Damit sollte gleichzeitig ein Beitrag zur Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung geleistet werden. Der Aufbau des Verbandes erfolgte nach dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus und dem Territorialprinzip. Die Basis als unterste Einheit waren die Sparten. Die Sparten aller Fachrichtungen eines Kreises bildeten den Kreisverband.

Alle Kreisverbände im Bezirk waren nun im Bezirksverband zusammengefasst. Über diesen stand als oberstes Organ der Zentralverband. Alle Organisationseinheiten galten nach der Registrierung bei den staatlichen Organen als juristische Personen und nahmen alle Rechte und Pflichten im Rechtsverkehr eigenständig wahr. Die Organe des Verbandes waren ehrenamtliche, von den Mitgliedern gewählte Leitungen in den Sparten, Kreisen und Bezirksvorständen sowie im Zentralvorstand.

Hauptamtliche, von den Vorständen berufene Funktionäre waren: Im Kreis ein Kressekretär, im Bezirk ein erster Bezirkssekretär, beim Zentralvorstand ein Sekretariat mit einem ersten Sekretär und weiteren Sekretären für je ein Fachgebiet.

In der einstimmig angenommenen Arbeitsentscheidung wurden die Vorstände darauf orientiert, in den Sparten ein vielfältiges demokratisches Leben zu entfalten und mit Hilfe des

Mitgliedsbuch im VKSK



Wettbewerbes die Erträge aus den Gärten und der Kleintierzucht weiter zu steigern.

Mit Annahme des Statutenentwurfes, der Arbeitsentschließung und der Wahl des Zentralvorstandes war der „Verband der Kleingärtner, Kleinsiedler und Kleintierzüchter“ (VKSK) in der DDR gegründet.

Zum Vorsitzenden wählten die Delegierten Karl Stein und als ersten Sekretär des geschäftsführenden Sekretariats Erich Angermann.

Von den Siedlern nahmen folgende Mitglieder am Gründungskongress teil:

Paul, Ewald	Berlin;
Brückmann, Reinhold	Gotha, Bezirk Erfurt;
Jähmig, Erich	Schwerin;
Kunze, Johannes	Karl-Marx-Stadt;
Manthey, Martin	Frankfurt/Oder;
Schmidt, Karl	Leipzig;
Schneider, Georg	Potsdam.

### Verbandstage

Sie waren Höhepunkte und gestalteten sich zu Meilensteinen in der Verbandsarbeit des VKSK.

Ihre Vorbereitung war verbunden mit Wahlen von den Sparten über Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen, bis zum Verbandstag.

Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag erfolgte nach einem vorgegebenen Schlüssel in den Bezirksdelegiertenkonferenzen. Dadurch war die Teilnahme der Vertreter entsprechend der Mitgliederzahl und auch der Fachrichtungen aus dem jeweiligen Territorium gesichert.

Die Verbandstage fanden bei entsprechenden Erfordernissen in Abständen

von 4 bis 6 Jahren statt, sie wurden vom Zentralvorstand einberufen.

Folgende Verbandstage fanden in der 30jährigen Geschichte des VKSK statt:

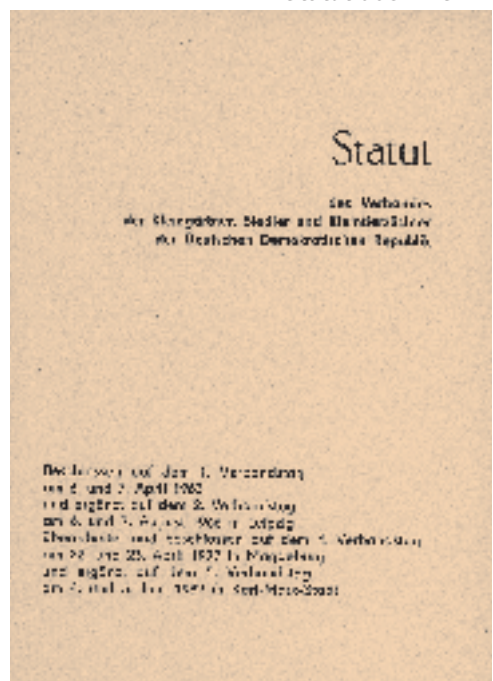
1. Verbandstag 1963 in Leipzig
2. Verbandstag 1966 in Leipzig
3. Verbandstag 1970 in Berlin
4. Verbandstag 1977 in Magdeburg
5. Verbandstag 1982 in Karl-Marx-Stadt

6. Verbandstag 1988 in Dresden
- Außerordentlicher Verbandstag im Oktober 1990 in Berlin.

### Die wesentlichsten Inhalte der Verbandstage waren

der Rechenschaftsbericht des Zentralvorstandes und der zentralen Revisionskommission, Diskussionen und Beschlüsse über richtungweisende Dokumente für die weitere Arbeit und, wenn erforderlich, Änderungen am Statut. Die Wahl des Zentralvorstandes und der zentralen Revisionskommission beschlossen den Verbandstag.

Statut des VKSK



Nach Einarbeiten von Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen aus der Mitgliedschaft bestätigte der erste Verbandstag das Statut sowie die Beitrags- und Konfliktordnung. Der Beitrag war einheitlich für alle Mitglieder 1.00 M im Monat, für Ehegatten und Jugendliche 0.25 M. Entrichtet wurde er in der Sparte, diese überwies davon 50 % an den Kreisverband. War ein Mitglied in mehreren Sparten organisiert, brauchte es nur in einer von ihnen den Mitgliedsbeitrag zu zahlen, z.B. wenn ein Siedler auch noch Mitglied in einer Kleintierzüchtersparte war.

Über den Inhalt und Verlauf eines jeden Verbandstages berichtete die Verbandspresse ausführlich. Darüber hinaus wurden alle Dokumente als Broschüre zusammengefasst veröffentlicht. Sie dienten allen Verbandsfunktionären als Arbeitsmaterial.

*Berufung der Fachkommission für Siedlungswesen durch den Vorsitzenden des Zentralvorstandes 1982*



*Reden und Dokumente vom ersten Verbandstag*

## Zentralvorstand

Der Zentralvorstand war zwischen den Verbandstagen das höchste Organ. Er setzte sich aus Vertretern aller Bezirke und Fachrichtungen zusammen. Er betrieb die Mitglieder des Sekretariats, des Zentralvorstandes und der zentralen Fachkommissionen. Die Sitzungen des Zentralvorstandes fanden nach einem Arbeitsplan drei- bis viermal jährlich statt.

## Fachkommissionen

Zum Wahrnehmen fachspezifischer Aufgaben bestanden beim Zentralvorstand Kommissionen aus berufenen, erfahrenen Mitgliedern der entsprechenden Fachrichtungen. Sie setzten sich aus Vertretern aller Bezirksverbände zusammen.

Langjähriger Obmann, d. h. Vorsitzender der zentralen Kommission für Siedlungswesen war von 1977 bis 1990 Dr. Olaf Lekve aus Großbeeren, Bezirk Potsdam.

Weiter gehörten über mehrere Jahre dieser Kommission an:

Arlt, Klaus-Dieter	Neuenhagen Bez. Frankfurt/Oder;
Börner, Annelies	Dresden;
Ellerbrock, Friedhelm	Berlin;
Franz, Gerhard	Leipzig;
Gruber, Reinhard	Schwarzenberg/ K.-Marx-Stadt;
Herzel, Georg	Erfurt;
Menzel Herbert	Dresden;
Pönicke, Manfred	Halle;
Thees, Edwin	Suhl;
Thurm, Jutta	Schwerin;
Mietzner, Ullrich	Mecklenburg;
Marschall, Thomas	Berlin.

Die Aufgabe der Kommission bestand in einer fachlich beratenden Funktion für den Zentralvorstand zu allen Fragen des Siedlungswesens.

Die Kommission führte regelmäßig ihre Sitzungen in beispielgebenden Siedlungen durch. Dabei sammelte sie wertvolle Erfahrungen, die sie über die Presse weitervermittelte. Aber auch die aktuellen Probleme und Sorgen der Siedler griff sie auf. Sie war bemüht, gemeinsam mit zentralen Stellen Lösungen zu finden. Einen beachtlichen Beitrag leistete die Kommission bei der Vorbereitung und Durchführung von speziellen Siedlerkonferenzen. Diese fanden zum Beraten grundsätzlicher Siedlerprobleme mit Vertretern aus den Siedlergemeinschaften der DDR statt. An ihnen nahmen auch namhafte Vertreter staatlicher Organe teil. Diese Konferenzen waren zugleich wertvolle Foren zum Erfahrungsaustausch über die Arbeit in den Siedlergemeinschaften. Folgende Siedlerkonferenzen fanden statt:

1976 in Dresden;

1980 in Karl-Marx-Stadt;

1984 in Leipzig;

1990 in Leipzig.

Zum Bewältigen der vielfältigen Aufgaben, die täglich vor den Spartenvorständen standen, verfasste die Kommission 1980 ein Handbuch für alle Funktionäre im Siedlungswesen. Für die Spartenvorsitzenden war es eine wertvolle Hilfe. Von den praktischen Arbeiten auf dem Siedlungsgrundstück, über die Verbandsarbeit, bis zu den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen gab es darin auf jede Frage eine Antwort.

*Bilder von der Fachkommission beim Erfahrungsaustausch in verschiedenen Siedlungen.*



Wittenberg – März 1993



Gemeinschaft Raghuhn-West – Nov. 1983



Halle-Ammendorf – März 1987

Kerngedanken aus dem Referat  
des 1. Sekretärs des Zentralvorstandes des VKSK, Erwin Wagner, auf der Siedlerkonferenz

## Worauf es in den Siedlersparten ankommt:

- Entwicklung der Siedlungen in enger Zusammenarbeit mit den Ausschüssen der Vorläufigen Front und den örtlichen Volkseinrichtungen zu sozialistischen Wohngebieten durch Teilnahme an „Mach mit“-Wettbewerben, insbesondere bei der weiteren Verbesserung der Wohnbedingungen und Wohnmöglichkeiten, durch Entfaltung eines regen geistig-kulturellen Lebens, sorgfältige Pflege der Gebäude und Grundstücke und andere Initiativen
- Heilvolle Nutzung des Bodens für den Obst-, Gemüse- und Futterpflanzenbau, insbesondere die Kultur von Frühgemüse, Knoblauch, Soßengemüse,

- Beerenobst und Kirchen
- Ausschöpfung aller Möglichkeiten für die Haltung von Kleintieren, vor allem Gänzen, Kaninchen, Hühnern und Milchschafen
- zweckmäßige Organisation des Aufbaus, pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse in den Siedlungen
- enge Zusammenarbeit mit den zuständigen BHO zur Versorgung der Mitglieder mit Saatgut, Geräten und anderen Bedarfswartikeln
- Gewinnung neuer Mitglieder für die bestehenden und Unterstützung bei Gründung neuer Siedler in benachteiligten Siedlungsgebieten.

### Aufgabenstellung für die Siedler auf der Siedlerkonferenz 1980

Die Kommission unterstützte auch die Siedlergemeinschaften beim Führen des Wettbewerbes durch Empfehlungen und Verallgemeinern guter Beispiele.

#### Wettbewerb im VKSK

Unter sozialistischen Verhältnissen war der Wettbewerb in allen gesellschaftlichen Bereichen ein wichtiges Instrument, um die Menschen für größere Leistungen zu motivieren. Der moralische Aspekt hatte einen hohen Stellenwert. Auch im VKSK war der Wettbewerb der Motor zum Erreichen höherer Leistungen. Er wurde in allen Organisationseinheiten, von der Sparte bis zur zentralen Ebene, durchgängig jährlich geführt. Innerhalb der Sparte ging es um die Auszeichnung mit dem Titel „Bester Siedler“, im Kreisverband um die „Beste Siedlersparte“, im Bezirksverband um die „Beste Sparte einer Fachrichtung im Bezirk“ und um die „Beste Kreisorganisation“. Auf zentraler Ebene erfolgte die „Auszeichnung „Beste Sparte einer Fachrichtung“ und „Bester Bezirksverband“. Alle Ausgezeichneten erhielten als Anerkennung eine Ehrenurkunde.

Die ökonomischen Leistungen der Siedler standen im Vordergrund des Wettbewerbes.

In der DDR hatte die Regierung das Außenhandelsmonopol. Für sie galt als Grundsatz: „Alles, was im eigenen Land erzeugt werden kann, wird nicht eingeführt“. Deshalb mussten alle verfügbaren Reserven für die Versorgung der Bevölkerung genutzt werden. Die Leistungen der VKSK-Mitglieder waren eine solche Reserve. Es gab zwar keine Produktionsauflagen, wie sie für die Landwirtschaftsbetriebe bestanden, aber auf allen Parteitagungen der SED wurde betont: „Auch in Zukunft wird die individuelle Produktion der VKSK-Mitglieder unterstützt, sie ist auf Dauer ein fester Bestandteil der volkswirtschaftlichen Bilanzen“. Dabei ging es besonders um das Schließen von Versorgungslücken bei Früh- und sogenannten Edelmüsen wie Gewächshausgurken, Paprika, Tomaten und allen Sorten Beeren. Aber auch Weißfleisch und Eier waren gefragte Erzeugnisse. Der Zentralvorstand orientierte alle Mitglieder im Wettbewerb, von 100 qm Gartenland mindestens





zige Hersteller von großen Gewächshäusern aus Folie für die Landwirtschaftsbetriebe war die Firma Munkelt in Gotha. Aus dem dabei anfallenden Restmaterial fertigte dieser Betrieb auf Wunsch der Kleingärtner und Siedler Folienzelte für den individuellen Bedarf an. Eines oder mehrere dieser Zelte gehörten damals zum Bild eines jeden Siedlergartens. In Gewächshäusern und Mistbeetkästen erfolgte auch die Anzucht von Pflanzen. Die über den eigenen Bedarf hinaus gezogenen Pflanzen waren Tauschobjekte mit den Nachbarn oder dienten zum Verkauf auf einer jährlich im Frühjahr in der Siedlung durchgeführten Pflanzenbörse. Die Siedlergärten rechtfertigten zu dieser Zeit ihre ursprüngliche Aufgabe, als Nutzgärten für die Eigenversorgung der Siedlerfamilie zu dienen, in vollem Umfang.

#### *Folienzelte in einem Siedlergarten*

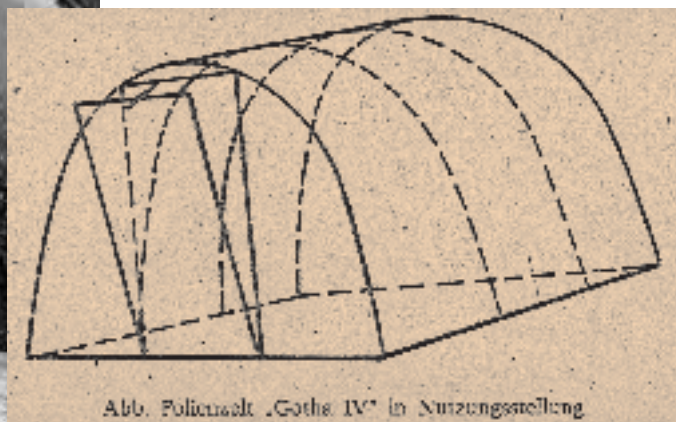


Abb. Folienzelt „Gotha IV“ in Nutzungsstellung

Kaninchen konnten lebend an einer eigens dazu eingerichteten Sammelstelle zum Verkauf abgegeben werden. Für 1 kg Lebendgewicht bekam der Ablieferer in der ersten Güteklasse 12.20 Mark und einen Gutschein zum Erwerb von Kraftfutter.

Die Auswertung des Wettbewerbes erfolgte jährlich. Jede Sparte bekam dazu ein Abrechnungsheft mit vorgeprägten Kriterien.

Abrechnungstermine waren: Zwischenbericht am 30. Juni und Endabrechnung am 31. Dezember eines jeden Jahres. Die Wettbewerbsergebnisse meldeten die Sparten dem Kreisverband, dieser gab die Kreisergebnisse an den Bezirksvorstand, der sie zusammengefasst an den Zentralvorstand weiterleitete.

#### **Auszeichnungsordnung**

Neben der Auszeichnung der Besten im Wettbewerb erfolgte entsprechend ei-



*Auszeichnungs-  
ordnung*

*Links: Heft zur  
jährlichen Ab-  
rechnung des  
Wettbewerbes*



ner Ordnung die Ehrung herausragen-  
der Leistungen in der Verbandsarbeit.  
Verliehen wurde als höchste Auszeich-  
nung:

### **Die Ehrennadel des Verbandes**

Sie wurde an Mitglieder des Verbandes  
auf Beschluss des Präsidiums des Zen-  
tralvorstandes verliehen. Vorschlagsbe-  
rechtigt waren die Vorstände der Spar-  
ten und die Sekretariate der Kreis- und  
Bezirksvorstände sowie des Zentralvor-  
standes.

Zu den mit der Ehrennadel des Verban-  
des ausgezeichneten Siedlern gehör-  
ten neben weiteren:

Annelies Börner, Dresden; Olav Lekve,  
Großbeeren; Friedhelm Ellerbrock, Ber-  
lin, Roland Schilling, Gotha.

### **Ehrennadel der Fachrichtung**

Sie wurde in drei Stufen – Bronze, Sil-  
ber und Gold – für hervorragende Lei-  
stungen in einer Fachrichtung verlie-  
hen.

Vorschlagsberechtigt für alle Stufen wa-  
ren die Vorstände der Sparten, die Se-  
kretariate der Kreis- und Bezirksvor-  
stände sowie des Zentralvorstandes.

Die Verleihung der Ehrennadel erfolgte:

- In Bronze durch den Kreisvorstand
- In Silber durch den Bezirksvorstand
- In Gold durch den Zentralvorstand.

### **Urkunde für langjährige Mitgliedschaft**

Vorschlagsberechtigt für die Urkunde  
war der Vorstand der Sparte. Die Ur-  
kunde wurde ab 25jähriger Mitglied-  
schaft verliehen. Die vom 1. Vorsitzen-  
den des Zentralvorstandes unterschrie-  
bene Urkunde überreichte der Kreisse-  
kretär oder der Spartenvorsitzende.

### **Urkunde für langjähriges Bestehen einer Sparte**

Verliehen wurde sie ab 50jährigem Be-  
stehen einer Sparte auf Vorschlag der  
Kreisvorstände durch Mitglieder des  
Zentral- oder Bezirksvorstandes.

### **Die Siedlung als „Anerkanntes Naherholungsgebiet“**

Für ein umfassendes Gemeinschaftsle-  
ben fehlte es oft an geeigneten Räum-  
lichkeiten in den Siedlungen. Eine Lö-  
sung bestand meist nur im Bau eines  
eigenen Spartenheimes. In den 70er  
Jahren entstanden in mehreren Sied-  
lungen der DDR solche Objekte. Bau-  
material und Baukapazität waren nur  
sehr begrenzt verfügbar. So nutzten die  
Siedlergemeinschaften Abrissmaterial  
und Restbestände von anderen Bau-  
stellen. Die Projekt- und Bauarbeiten  
erfolgten ausschließlich in unentgeltlicher  
Eigenleistung. Baukredite gaben  
die Banken mit 1% Zinsen aus. Diese  
Gemeinschaftshäuser in den Siedlun-  
gen dienten neben dem Spartenleben  
auch oft als öffentliche Gaststätte.  
Das machte die Siedlung für Besucher  
aus den angrenzenden Stadtbereichen  
noch attraktiver. Nach einem Spazier-  
gang durch die Siedlung kehrten sie  
gern zu einer Tasse Kaffee oder einem  
Bier hier ein.



*Urkunde als  
„Staatlich aner-  
kanntes Naher-  
holungsgebiet“*

Die örtlichen staatlichen Organe verliehen solchen Siedlungen mit

einem Ausflugsziel den Titel „Anerkanntes Naherholungsgebiet“. Das war ein begehrter Titel, denn in diesen Siedlungen erfolgte vorrangig der Ausbau ihrer Infrastruktur, und sie bekamen bevorzugt finanzielle Zuwendungen für die Gemeinschaftsarbeit.

### **Siedlerfeste**

In den Siedlungen fanden regelmäßig Siedlerfeste statt. Bei besonderen Höhepunkten, wie runden Jahrestagen, gestalteten sie sich zu ausgesprochenen Volksfesten, an denen große Teile der Bevölkerung des angrenzenden Territoriums mit Freude teilnahmen. Zu diesem Anlass schmückten die Siedler ihre Häuser und gestalteten die Vorgärten besonders sorgfältig. Traditionelle Festumzüge mit Bildern aus dem Siedlerleben zogen viele interessierte Zu-

schaauer aus der Umgebung an. Oft waren die Siedlerfeste mit Lehr- und Leistungsschauen der Siedler und aller Fachrichtungen des Kreisverbandes verbunden.

Die Siedlerfrauen trugen einen großen Anteil an der Gestaltung der Feste durch das Organisieren von Kinderspielen und Verkostungen von selbstgebackenen Kuchen und selbstgefertigten Salaten.

### **Mitarbeit in der Nationalen Front**

Aus der Volkskongressbewegung entstand 1949 die „Nationale Front“. In einem Manifest vom Oktober 1949 erklärte sie sich als eine parteienübergreifende Volksbewegung und zu einem Sammelbecken aller demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen in den Städten und Dörfern der DDR. In den Städten waren die Mitglieder in Stadtbezirksausschüssen und in den Dörfern in Dorfausschüssen zusammengefasst. Diese Ausschüsse koordinierten das gesellschaftliche Leben in ihrem Wirkungsbereich. Sie mobilisierten die Bevölkerung zu unentgeltlichen Verschönerungsarbeiten und den Bau von kommunalen Einrichtungen im Wohngebiet, als „NAW Nationales Aufbauwerk“. So wie alle anderen Parteien und Organi-

*Gemeinschaftshaus in der  
Goldbacher Siedlung Gotha*



sationen delegierte auch der VKSK seine Vertreter in diese Ausschüsse. Die Stadtrandsiedlungen bildeten oft einen eigenen Wohnbezirk oder sie stellten den Hauptanteil an Fläche und Einwohnern. Durch die aktive Arbeit in den Siedlungen waren die Siedlergemeinschaften die tragende Kraft im gesellschaftlichen Leben der Wohnbezirke.

### **Zivilgesetzbuch in der DDR**

Mit Beschluss der Volkskammer vom 19. Juni 1975 trat das Zivilgesetzbuch in der DDR in Kraft. Im Zusammenhang damit wurden das Bürgerliche Gesetzbuch und das Reichsheimstättengesetz außer Kraft gesetzt.

Für die Heimstättensiedlungen entstand damit eine völlig neue Rechtslage. Während bis dahin die Siedlervorstände eng mit den Heimstättenverwal-

tungen zusammenarbeiteten und vor Ort deren Interessen, besonders beim Eigentumswechsel und baulichen Veränderungen mit wahrnahmen, war das nun nicht mehr möglich. Die neue Situation warf viele Fragen auf, und die Kommission für Siedlungswesen beschäftigte sich damit in mehreren Beratungen. Auch auf den Siedlerkonferenzen stand dieses Problem zur Diskussion. Nach Rücksprachen mit den zuständigen staatlichen Organen sah man einen Ausweg nur in geeigneten Festlegungen der unteren Genehmigungsbehörden.

Als erster fasste der Rat des Bezirkes Dresden dazu einen Beschluss mit folgenden Wortlaut:

„Der Verkauf von Siedlungsgrundstücken ist grundsätzlich in Abstimmung mit den Kreis- und Spartenvorständen vorzunehmen. Das erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen den Organen der Wohnungspolitik, den Außenstellen des Liegenschaftsdienstes, den staatlichen Notariaten und den Kreisvorständen des VKSK“. Diesen Beschluss übernahmen auch weitere Bezirke.

In verschiedenen Siedlungen erarbeiteten die Vorstände gemeinsam mit den Stadtverwaltungen zur Erhaltung des Siedlungscharakters eigene Gestaltungskonzeptionen. Diese erhielten durch Ratsbeschluss verbindlichen Charakter.

### **Eigenheimbau**

In der DDR fand kein Neubau von kompletten Siedlungen statt. Im Rahmen des Anfang 1970 beschlossenen Wohnungsbauprogrammes entstanden auf



Baulücken in bestehenden Siedlungen und an Stadt- und Dorfrändern Eigenheime. Bevorzugt erhielten Mitarbeiter in der Landwirtschaft die Erlaubnis zum Bau eines Eigenheimes. Es gab Typenprojekte zur monolithischen Bauweise und auch Fertigteilhäuser. Der Bauherr musste 25 % des Bauumfanges in Eigenleistung erbringen. Die Baukredite waren mit 4 % verzinst, die Tilgung betrug 1 % jährlich. Für kinderreiche Familien gab es weitere Vergünstigungen wie zinslose Kredite.

Das Bauland erhielt der Bauherr kostenlos zur Nutzung mit einer Urkunde verbrieft, auf unbegrenzte Zeit. Erst ab 1990 bestand die Möglichkeit, das Land käuflich zu erwerben.

Die Eigenheimbesitzer im Bereich von Siedlungen schlossen sich als Mitglieder den bestehenden Siedlersparten an. Sie nahmen ohne Unterschied zu den alteingesessenen Siedlern am Gemeinschaftsleben teil.

### **Wochenendsiedler**

Ab 1978 entstanden im VKSK als neue Fachrichtung die Wochenendsiedlungen.

Dazu nutzte man von den Gemeinden und Städten gepachtetes Öd- oder Brachland in und an Waldgebieten, welches für das Anlegen von Nutzgärten nicht geeignet war. Das Anliegen der Mitglieder war es, sich in der Freizeit in der Natur zu beschäftigen, um hier Erholung zu finden. Es waren also ausgesprochene Erholungsgrundstücke. Die Wochenendhäuser waren so gebaut und eingerichtet, dass sie ein Wohnen für kurze Zeit ermöglichten. Ihre Besitzer verbrachten hier hauptsächlich die

Wochenenden und den Urlaub. Ihrem Charakter entsprechend müssten sie zwischen den Kleingärtnern und Siedlern eingeordnet werden. Inzwischen konnten auch Wochenendsiedler ihre Grundstücke käuflich erwerben. Nach 1990 haben sie sich teilweise dem Siedlerbund und andere den Kleingärtnern angeschlossen.

### **Publikationen**

Als Organ des VKSK erschien seit 1962 im Abstand von 14 Tagen die Zeitung „Garten und Kleintierzucht“ in mehreren Ausgaben. Die Ausgabe A behandelte speziell die Themen für Kleingärtner und Siedler. Die Zeitung vermittelte aktuelle Informationen für

*Letzte Ausgabe von „Garten und Kleintierzucht“*



*Übergangsausgabe von „mein Garten“ und „neue deutsche Gartenzeitung“*

*Erste Ausgabe „mein Garten“*



jedes Mitglied. Sie war ein breites Forum des Erfahrungsaustausches und gab Anregungen für den Wettbewerb. Ab März 1990 erschien sie unter dem Titel „mein Garten“ mit einigen Seiten in Buntdruck. Herausgeber war nach wie vor der Zentralvorstand des VKSK. Ab Juli 1990 nannte sie sich „neue deutsche Gartenzeitung“. Herausgeber war jetzt der neugegründete Verband der Garten- und Siedlerfreunde. Die Verbandszeitung wurde von jedem Mitglied individuell über den Postzeitungsvertrieb bezogen.

In einer vom Zentralvorstand des VKSK veröffentlichten Schriftenreihe vermittelten Wissenschaftler und Institute verständlich und praxisbezogen ihre neuesten Erkenntnisse und Forschungsergebnisse. Über 40 dieser Hefte sind zu den verschiedensten Themen erschienen. Das Heft 30 behandelte die Gestaltung und Nutzung von

Haus- und Siedlergärten. Im Vorwort heißt es: „Der Boden ist der goldene Fond all unserer gärtnerischen und züchterischen Freizeittätigkeit.

Das vorliegende Heft soll Anregungen geben, wie der Garten am Siedlungshaus

sinnvoll gestaltet und effektiv genutzt werden kann“.

Beliebt bei allen Mitgliedern und Gartenbesitzern war die seit 1968 regelmäßig im Fernsehen der DDR ausgestrahlte Sendung „Du und Dein Garten“ mit Erika Krause.



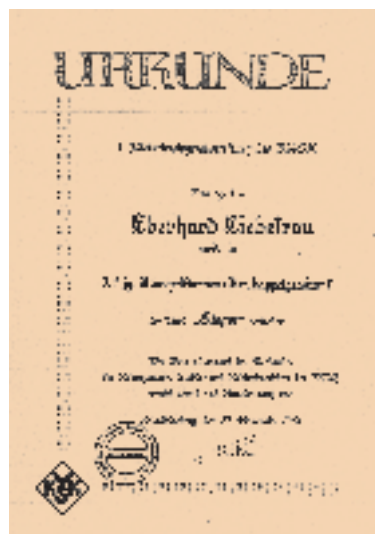
Radio DDR brachte monatlich eine zweistündige Originalsendung mit dem Titel „Rund um Haus, Hof und Garten – eine nächtliche Plauderei mit dem VKSK“.

In Gesprächen mit Kleingärtnern, Siedlern und Kleintierzüchtern in den Sparten berichtete die Sendung über die Freizeitbeschäftigung der Mitglieder im Verband.

Sie vermittelte Tipps und informierte über neue Sorten und Rassen. Berichte über Kurioses und Außergewöhnliches im Verbandsleben lockerten die Sendung auf.

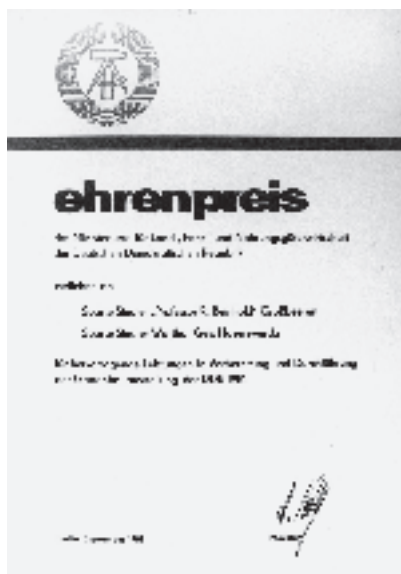
### Ausstellungen

An den jährlichen Lehr- und Leistungsschauen in den Kreisverbänden des VKSK waren auch Siedler gemeinsam mit allen anderen Fachrichtungen beteiligt. Mitglieder aus den Siedlergemeinschaften waren auch bei den Siegerausstellungen der Kleintierzüchter während der Landwirtschaftsausstellung in Leipzig-Markkleeberg „agra“ vertreten. Eberhard Liebetrau aus Gotha erhielt als Siedler für seine Hühnerzucht „Zwerg-Barnefelder, doppeltgesäumt“ über mehrere Jahre den Siegertitel verliehen.



In Erfurt auf dem Gelände der Internationalen Gartenbauausstellung „iga“ fanden ab 1961 jährlich Gartenbauausstellungen statt. Der VKSK hatte hier für die Präsentation von Obst, Gemüse und Blumen eine eigene ständige Halle. In Mustergärten auf der „iga“ demonstrierten Verbandsmitglieder ihre praktischen Erfahrungen. Jedes Jahr im Herbst gestaltete hier der VKSK eine Kernobst-Lehr- und Leistungsschau. Die besten Leistungen auf diesem Gebiet wurden mit einer Goldmedaille oder einer Ehrenurkunde des Ministeriums für Landwirtschaft gewürdigt. Während dieser Veranstaltung erfolgte auch stets eine Sortenbestimmung durch erfahrene Fachleute. Diese erweckte bei allen Teilen der Bevölkerung einen regen Zuspruch, insbesondere zum Bestimmen älterer noch in den Siedlergärten vorhandener Obstsorten.

*Ehrenpreis des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft IGA Erfurt*



### **Anzahl der Siedler im VKSK**

Am 31. Dezember 1988 waren in 1.246 Sparten des VKSK 99.816 Siedler organisiert.

Sie bewirtschafteten 88.588 Siedlergrundstücke auf einer Gesamtfläche von 9.728,6 ha.

### **Übergangszeit**

Kurz nach Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989 fand noch im gleichen Monat eine schon länger vorgesehene Zentralvorstandssitzung in Leipzig statt.

Die inzwischen eingetretenen politischen Ereignisse überholten die ursprünglich vorgesehene Tagesordnung. Die vordringlichste Frage war: Wie sollte es unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen mit dem VKSK weitergehen?

Inzwischen hatten schon verschiedene Spartenfunktionäre, vor allem Kleintierzüchter, persönliche Kontakte zu den Partnervereinen in den alten Bundesländern angeknüpft. Ihren dabei gewonnenen Standpunkt brachten sie unmissverständlich zum Ausdruck: Sie wollten aus dem VKSK austreten und sich den zentralen Zuchtvereinen in den Altbundesländern anschließen. Um für die Kleingärtner und Siedler auch weiterhin eine starke Interessenvertretung zu sichern, sah man es als notwendig an, den VKSK zu reformieren und ihn so als zentralen Verband unter den neuen Bedingungen zu erhalten.

Nach einer Präsidiumstagung am 26. November schrieb der damalige Vorsitzende des Zentralvorstandes, Dr. Horst Laschinski: „Eingebettet in dem vom



Volk der DDR eingeleiteten, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassenden Umgestaltungsprozess vollziehen sich auch in unserem Verband – getragen von der Mitverantwortung für unser Land – weitreichende Veränderungen, vor allem hinsichtlich der demokratischen Erneuerung des Verbandslebens im VKSK“.

### **Auflösung des VKSK**

Nach umfassenden, auch kontrovers geführten Aussprachen in den Sparten, Kreis- und Bezirksverbänden wurde deutlich: Mit einer bloßen Umwandlung waren die Mitglieder nicht zufrieden und die neuen anstehenden Aufgaben konnten damit auch nicht gelöst werden. Am 10. Februar 1990 fand in Berlin die 7. Tagung des Zentralvorstandes statt.

Die Mitglieder aus den Kreisen und Bezirken sprachen sich mehrheitlich für einen neu zu gründenden, eigenständigen und unabhängigen Verband der Kleingärtner und Siedler für das Gebiet der DDR, ohne die Kleintierzüchtervereine, aus. Er sollte vorerst unter dem Dach des VKSK stehen.

Die Teilnehmer wählten ein Gründungskomitee mit Dr. Klaus Dieter Henschel an der Spitze. An alle Sparten der Kleingärtner, Siedler und Wochenendsiedler erging ein Aufruf, ihre Mitgliedschaft im „Verband der Garten- und Siedlerfreunde e.V.“ (VGS), zu beschließen, eigene Satzungen auszuarbeiten und die Registrierung als eingetragener Verein beim Kreisgericht zu beantragen. Damit wurde der Prozess zum Auflösen des VKSK eingeleitet. Von nun an bezeichneten sich die Spar-

ten auch wieder offiziell als Vereine. Am 7. Juli 1990 fand in Berlin der Verbandstag zur Gründung des „Verbandes der Garten- und Siedlerfreunde e.V.“ statt. Teilnehmer waren Delegierte aus allen Bezirksverbänden. Sie beschlossen die Satzung und die Struktur und wählten das Präsidium mit Bernd Engelhardt als ersten Präsidenten und Rudi Habermann als Geschäftsführer. Der VGS war in der Anfangsphase mit den vielen neuen rechtlichen Problemen, welche jetzt auf die Kleingärtner zukamen, stark beschäftigt. Die Siedlervereine waren in dieser Organisation noch nicht heimisch und fühlten sich mehr oder weniger nur als Anhängsel. Das Kleingartengesetz traf aufgrund der Eigentumsverhältnisse für die Siedler nicht zu. Es bestanden bei den Siedlern im allgemeinen noch wenig Kenntnisse über die Arbeit und die Struktur des Deutschen Siedlerbundes. Auch die einschlägigen bundesdeut-



*Teilnehmerausweis zum „Außerordentlichen Verbandstag“*

schen Gesetze für das Siedlungswesen waren naturgemäß wenig bekannt. Hilfreich erwiesen sich in dieser Phase Beratungen mit Spitzenvertretern des Deutschen Siedlerbundes und Mitgliedern aus Siedlervereinen der DDR. In Berlin fand 1990 ein erstes ganztägiges Seminar mit Vorstandsvorsitzenden und Vertretern des Präsidiums und von Landesverbänden des DSB statt. Im Mittelpunkt dieser Beratung stand die

Artikel aus „mein Garten“ 6/1990

## DSB will helfen

Seminar mit Vertretern des Deutschen Siedlerbundes

Der Deutsche Siedlerbund (DSB) bietet den Siedlern der DDR seine Hilfe bei der Umstrukturierung und Modernisierung des Verbandes an. Auf einem fünf-tägigen Seminar in Berlin (DSB) referierten vor etwa 90 Siedlern des bisherigen VKSK unter anderem der 1. Vizepräsident des DSB, Eckart Neumann, der Vorsitzende des Bundes des DSB, Dr. Olaf von Bülow, der Vizepräsident im Innenministerium von Schleswig-Holstein, sowie der Geschäftsführer des Siedlerbundes Ruhr-Region, Detlef Elm.

Der DSB ist der maßgebendste Siedlerverband in der BRD. Er ist durch 11 Landesverbände und weitere regionale Untereinrichtungen in allen Bundesländern und in Westberlin vertreten. Auf Bundesebene bestehen Kreisverbände in Bundeslandstädten.

Der DSB setzt sich für die Förderung und Erhaltung der Familienfarme (= Eigenheim und Kleinstiedlung) ein, z. B. ermöglicht er schon die Zurückstellung von Gesetzesvorlagen. Er erzieht seinen Mitgliedern in allen den eigenen Heim betreffenden Angelegenheiten Auskunft auf der Gärtnerei, Recht und Steuer, vermittelt kostengünstige Möglichkeiten bei Verkäufen, beim Bauen, beim Erbschaftssteuer etc.

Die Siedler der DDR sehen sich mit der gesondigten Übernahme von BRD-Gesetzen vorzubereiten.

wichtige juristische Fragen und vor allem die Problematik der die soziale nicht kannten. Gegenüber den sich ändernden Landesbedingungen und der Regierung der DDR wird im nächsten Verteidigen und zu bewahren geben, was sich bisher als gut und richtig erwiesen hat. Nichts wird durchzusetzen sein. Die dringende Empfehlung des DSB ist, einen starken zentralen Vorstand als Interessenvertretung zu bilden, ebenso Landesverbände mit sachkundigen Geschäftsführern. Der DSB wird 7. Februar als exemplarische Geschäftsstellen in mehreren Landesgeschäftsstellen tätig. Er ist zweckmäßig, einen guten DDR-Siedlerverband zu gründen oder sich durch das anstehenden VGS wehren zu lassen, das liegt in der Entscheidung der bisherigen Siedlerpartner.

Anmeldung: In Mecklenburg-Vorpommern sowie in Sachsen waren die Mittel im eigenen Siedlerverband im VGS zum Zeitpunkt des Seminars schon gefallen, während die anderen gemeinsam mit den Kleingärtner Landesverbände gründen.

Übrigens gibt es auch einen Beratungsverein Siedlerpartner, sich mit dem DSB anzuschließen. Kontakte zwischen den Landesverbänden des West und Ost sind jeweils bereits gesichert.

(Frau Zschornack)

Arbeitsweise und Struktur im DSB, die Interessenvertretung der Mitglieder, die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Bundesgesetzgebung und der Versicherungsschutz im DSB. Im Laufe des Jahres 1990 fanden weitere solcher Zusammenkünfte auf Landesebene und zwischen Siedlervereinen aus Ost und West statt. In Gera trafen sich am 30. Juni 1990 Mitglieder von Thüringer Siedlervereinen mit den Präsidiumsmitgliedern des Siedlerbundes zu einer ausführlichen Aussprache über Möglichkeiten der zukünftigen Zusammenarbeit. Diese Veranstaltungen dienten dem praktischen Erfahrungsaustausch und festigten das Vertrauen zwischen den Siedlern aus beiden Teilen Deutschlands. In ihrem Verlaufe erkannten die Siedler der neuen Länder, dass ihre Interessen unter den neuen Bedingungen nur in einem bundesweiten Verband sachkundig und wirkungsvoll wahrgenommen werden konnten.

## Außerordentlicher Verbandstag des VKSK

Vom Juli bis Oktober 1990 bestanden mit dem VKSK und dem VGS also zwei zentrale Verbände in der DDR für die Kleingärtner und Siedler. Die Auflösung des VKSK konnte gemäß seines Statutes nur auf einem Verbandstag beschlossen werden. Dazu erfolgte die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zum 27. Oktober 1990 nach Berlin.

In dessen Beschluss heißt es:

„1. Der Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter wird gemäß § 41 und §74 des BGB mit Wirkung vom 31. 12. 1990 aufgelöst. Der Zentral-





sen am 12. Januar 1991 die Bildung ihres Landesverbandes und am 23. Januar wurden sie in den DSB aufgenommen.

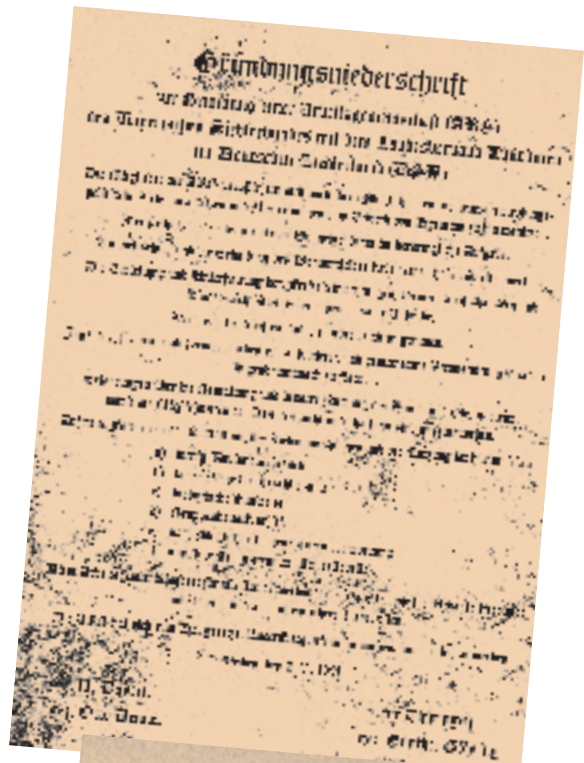
In Thüringen fand die Gründungsversammlung für den Landesverband am 19. Januar 1991 statt, seit 23. März 1991 ist auch er Mitglied im DSB. Mit der Bildung neuer Landesverbände und deren Beitritt zum Deutschen Siedlerbund vereinigten sich die Kleinsiedler wieder in einem einheitlichen gesamtdeutschen Verband, wie er bis 1945 bestand.

### Die ersten Jahre im DSB

An der Bundesversammlung des DSB 1991 in Gelsenkirchen nahmen zum ersten Mal Delegierte aus den neuen Landesverbänden teil. Der Wunsch zur Wahl eines Vertreters aus den neuen Ländern in das Präsidium konnte in dieser Versammlung noch nicht erfüllt werden. Es mangelte an der einheitlichen Auffassung für einen geeigneten Vorschlag.

Erst auf der Bundesversammlung 1995 in Berlin wählten die Delegierten Karl Heinz Liebold, Vorsitzender des sächsischen Landesverbandes, in das Präsidium.

Seit 1990 erfolgte auf allen Ebenen ein umfassender, freundschaftlicher Erfahrungsaustausch und eine nützliche Zusammenarbeit zwischen den Siedlern der alten und der neuen Landesverbände im DSB. Hinweise und Hilfe gab es zu praktischen Fragen der Verbandsarbeit, aber auch durch materielle Zuwendungen beim Einrichten der neuen Geschäftsstellen, dort wo es erforderlich war.



Gründungs-niederschrift der Arbeitsgemeinschaft „ARGE“ (In zwei Ausführungen zur Auswahl)

Ein wertvoller Beitrag beim Vereinigungsprozess der Siedler aus den östlichen und westlichen Landesteilen waren gemeinsam durchgeführte Veranstaltungen.

Auch zwischen den Siedlervereinen und Landesverbänden vereinbarte Partnerschaften förderten die persönlichen Kontakte. Beispielgebend für diesen Prozess ist die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft des Bayerischen und des Thüringer Siedlerbundes im November 1991.

Diese Zusammenarbeit auf ganz konkreter Grundlage hat in den vergange-

nen Jahren gute Früchte getragen. In Gethles bei Schleusingen in Thüringen entstand eine Stätte der Begegnung für die Siedler beider Landesverbände. Jährlich fanden abwechselnd in beiden Ländern Familienwandertage mit reger Teilnahme statt.

In den seit Jahren gemeinsam durchgeführten Jugendzeltlagern haben sich zwischen den Jugendlichen verschiedener Länder, als eine von der Vergangenheit unbelasteten Generation, Bekanntschaften entwickelt, welche hoffnungsvoll in die Zukunft blicken lassen.



*Erster gemeinsamer Familienwandertag 25. Mai 1993 auf dem Rennsteig bei Oberhof in Thüringen*



*Erstes gemeinsames Jugendzeltlager 1991 in Gethles, Thüringen*

### **Bundeswettbewerb 1993**

Am Bundeswettbewerb für Kleinsiedlungen nahmen 1993 zum erstenmal auch Siedlervereine aus den neuen Landesverbänden teil. Bei der Bewertung in den Siedlungen konnten seit 1990 erstaunliche Fortschritte in ökologischer Hinsicht festgestellt werden. Auf umweltfreundliche Heizmedien, wie Erdöl oder Erdgas waren bereits 90 % der Siedlungshäuser umgestellt. An einem Viertel der Häuser waren die Fassaden mit wärmedämmendem Material verkleidet.

Die Siedlergärten sind Nutz- und Erholungsgärten, je nach Bedarf. Auf allen Grundstücken sammeln die Siedler Regenwasser und nutzen es zum Gießen oder zum Füllen der inzwischen angelegten naturnahen Gartenteiche.

In diesem Wettbewerb haben 1993 folgende Vereine aus den neuen Ländern eine Auszeichnung erhalten.

#### **Einen zweiten Preis:**

Liebsiedlung e.V. Neustadt Glewe,  
Mecklenburg/Vorpommern

#### **Einen dritten Preis:**

Hainberg-Siedlung e.V. Suhl,  
Thüringen

### **Bundeswettbewerb 1997:**

#### **Einen ersten Preis:**

Siedlergemeinschaft Siebeneichen e.V.,  
Sachsen-Anhalt

#### **Einen zweiten Preis:**

Goldbacher-Siedlung Gotha e.V.,  
Thüringen

### **Eigenheimbau nach 1990**

Nach der Wiedervereinigung wurde sichtbar, welches großes Interesse am Besitz von Eigenheimen in den neuen Ländern bestand. Es setzte ein regelrechter Sog von den Plattenbauwohnungen ins eigene Heim mit Garten ein. Wie Pilze sind nach 1990 solche Häuser aus dem Boden geschossen. Am Rande jeder Stadt und in fast jeder Ortschaft sind inzwischen ganze Siedlungen mit selbstgenutzten Einfamilienhäusern entstanden, davon auch einige in Gruppenbauselbsthilfe. Einer Mitgliedschaft im Deutschen Siedlerbund stehen die neuen Eigenheimbesitzer bisher meist noch zögernd gegenüber. Hier besteht ein reges Betätigungsfeld für den Siedlerbund in den neuen Ländern.

### **Kommunalabgaben**

Die von den Landtagen beschlossenen Gesetze für Kommunalabgaben mit ihren Gebührensätzen waren eine völlig neue Erfahrung für die Eigenheimbesitzer in den neuen Bundesländern. Solche hohen Gebühren für Trink- und Abwasser, Straßenausbau und Müllentsorgung kannten sie bisher nicht. Damit kamen Kosten bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit auf sie zu. Der Kampf gegen überhöhte und für sozialverträgliche Belastungen ist eine erste ernsthafte Bewährungsprobe für die neuen Landesverbände bei der Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Das Ziel ist der Erhalt ihres Besitzes am selbstgenutzten Wohneigentum.

## Abschließende Bemerkungen

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Obwohl für die Siedlungen in den beiden Teilen Deutschlands unterschiedliche Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Verhältnisse bestanden, gab es in den charakteristischen Inhalten der Siedlerarbeit keine wesentlichen Unterschiede. Zu jeder Zeit haben sich Siedler unter Zurückstellung persönlicher Belange bereit erklärt, als Vorstände das Gemeinschaftsleben in der Siedlung zu fördern und die Interessen der Siedler nach außen zu vertreten. Gute zwischenmenschliche Beziehungen, Nachbarschaftshilfe und eine sinnvolle Freizeitbetätigung hat es über alle Zeiten in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen gegeben.

Durch die vorwärts orientierte, gemeinsame Arbeit im Deutschen Siedlerbund haben sich sinnvolle Beziehungen zwischen den Siedlervereinen aus allen Ländern als gute Basis für die zukünftige Arbeit und das Zusammenleben der Menschen aus Ost und West entwickelt.

## Quellennachweis

- 1.) Potsdamer Abkommen  
Kongreß-Verlag Berlin 1950 und andere Dokumente
- 2.) Dokumente der Verbandstage 1 - 6  
Zentralvorstand des VKSK
- 3.) Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter – Autorenkollektiv in Vergangenheit und Gegenwart –  
Zentralvorstand VKSK 1989
- 4.) 60 Jahre Goldbacher-  
Siedlung Gotha, Roland Schilling
- 5.) Kleingärten und Kleingärtner  
Günter Katsch u. Johann B. Walz  
Bundesverband Deutscher Gartenfreunde 1996
- 6.) Verbandszeitung des VKSK  
Jahrgänge 1962 bis 1990  
„Garten und Kleintierzucht“
- 7.) „mein Garten“  
Jahrgang 1990
- 8.) „neue deutsche Gartenzeitung“  
Jahrgang 1990/91